



Linke Landesparteitag „FREIHEIT“

verhindern der



Um 13:45 Uhr heute

Mittag erreichte die FREIHEIT ein Fax mit einer [kurzfristigen Absage der GLS Sprachschule](#). Dort hätte heute Abend ihr 1. Berliner Landesparteitag stattfinden sollen, nachdem zuvor schon das Crown Plaza Hotel einen Rückzug gemacht hatte. **JETZT mit Video!**

Der politische Druck von linker Seite hat beide Veranstaltungsorte in die Knie gezwungen. In der Kürze der Zeit ist es der Partei nicht gelungen, erneut einen Ausweichort zu finden. Deshalb wird der Landesparteitag an einem anderen Tag und einem anderen Ort wiederholt werden müssen.

Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet:

Der erste Landesparteitag der neuen Partei „Die Freiheit“ ist kurzfristig abgesagt worden. Nachdem nach dem Crown Plaza Hotel in Charlottenburg auch die GLS Sprachschule in Prenzlauer Berg den Mietvertrag mit der islamkritischen Partei am Dienstagmittag gekündigt hat, ließ sich nach Angaben des Bundesvorsitzenden René Stadtkewitz auf die Schnelle kein neuer Veranstaltungsort für die bis zu 150 Teilnehmer organisieren. „Ich bin wirklich ärgerlich“, sagte Stadtkewitz Morgenpost Online. „Das ist eine Auseinandersetzung, die mir aufgezwungen wurde und die ich gar nicht führen will.“ Jetzt soll ein neuer Termin anberaumt werden. „Wir werden uns nicht irritieren lassen und unseren Weg weiter gehen“, sagte Stadtkewitz. Der ehemalige CDU-Abgeordnete will sich am Abend dennoch am Veranstaltungstermin einfinden, um der Presse und Teilnehmern, die gegebenenfalls nichts von der Absage erfahren haben, „Rede und Antwort zu stehen“.

Erst am Montag hatte ein Sprecherin des Hotels Crowne Plaza Berlin City Centre mitgeteilt, der Mietvertrag sei im „beiderseitigen Einvernehmen“ aufgehoben worden. Über die Gründe wollte sie keine Angaben machen.

Die Inhaberin und Geschäftsführerin des GLS-Sprachenzentrums, Barbara Jaeschke, sagte nun am Dienstag, die Veranstaltung sei von ihrem Hause abgesagt worden. Sie begründete die Absage damit, dass der Auftrag recht kurzfristig gekommen sei und sie sich über die Art des für Dienstagabend geplanten Parteitags „arglistig getäuscht“ fühle. Jaeschke sagte, ihre Sprachenschule in Prenzlauer Berg sei ein Bildungsinstitut mit Teilnehmern aus der ganzen Welt und mit allen Religionen und Weltanschauungen. Eine solche „einseitige Veranstaltung“ wie der Landesparteitag der Partei Die Freiheit passe nicht zu dem Haus. „Als Eigentümer habe ich das Recht des Hausherrn, Gäste nicht einzuladen.“

Parteisprecher Thomas Böhm nannte die Begründung der Schule „Quatsch“: „Natürlich wussten sie, dass die Partei „Die

Freiheit“ den Parteitag veranstaltet. Wir haben uns ja nicht versteckt.“ [...]

Bei der improvisierten Pressekonferenz am Abend auf der Straße kam es zu massiven Angriffen von Seiten linksextremer Aktivisten. Einer der Linken wollte Stadtkewitz tötlich angreifen, wurde jedoch in letzter Sekunde von einem aufmerksamen Polizeibeamten davon abgehalten.

Die *Süddeutsche* [berichtet](#):

Eine improvisierte Pressekonferenz des Parteigründers René Stadtkewitz am Abend auf der Straße wurde massiv von rund 20 bis 30 linken Demonstranten gestört. Rund 30 Mitglieder der «Freiheit» hielten dagegen. Die Polizei trennte die beiden Gruppen.

[...]

Stadtkewitz sagte auf der Straße: «Wir werden antreten. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, schon gar nicht von diesen Verrückten», sagte er mit Blick auf die Demonstranten. Die skandierten immer wieder: «Nazis raus» und «Haut ab, haut ab».

[...]

Dazu sagte Stadtkewitz: «Was ist los in unserem Land? Wie weit gehen die Linksextremisten noch?» Der Ex-CDU-Politiker vermutete, dass Linksextreme Druck auf die Sprachenschule ausgeübt hätten, die Zusage für den Parteitag rückgängig zu machen. Er erinnerte an Übergriffe linksradikaler Anhänger eines Rosa-Luxemburg-Kongresses am Wochenende auf Demonstranten, ehemalige SED-Opfer. «Daran hat man gesehen, wie gewalttätig die Linksextreme ist», kritisierte Stadtkewitz.

So funktioniert „Demokratie“ in Deutschland...

» Berliner Umschau: [Die Freiheit tauscht Raum gegen Schlagzeilen](#)

» Quotenqueen: [Parteitag der „Freiheit“ verhindert](#)

(Danke allen Spürnasen)

„Rote Heidi“ kämpft um Anerkennung Palästinas



Die frühere Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (Foto), die schon öfters durch militantes pro-palästinensisches Engagement aufgefallen war ([PI berichtete](#)), fordert von den EU-Staaten die baldige Anerkennung eines „unabhängigen palästinensischen Staates“ (gemeint ist die Unabhängigkeit von den Israelis, nicht etwa von EU-Geldern). Wiecek-Zeul liegt bereits im politischen Schützengraben [zum entsprechenden Vorstoß](#), auch gegen die USA, auf die man nicht mehr warten soll.

Goethe und der Islam – Teil 2



Nur wenige Tage, nachdem PI am 1. Januar 2011 einen [Beitrag zu Goethe](#) und dem Islam veröffentlicht hat, nimmt sich heute die Soziologin Necla Kelek in der FAZ dieses Themas an und bezieht sich dabei auf einen tags zuvor ebenfalls in der FAZ veröffentlichten Artikel des am 4. Januar 2011 verstorbenen Frankfurter Imams der Ahmadiyya-Gemeinde, Hadayatullah Hübsch ([PI berichtete](#)).

(Von Eckhardt Kiwitt, Freising, PI-München)

Unter der Überschrift [„Islam ist nicht Fanatismus: Goethe und Sarrazin, der Koran und wir“](#) schreibt Hadayatullah Hübsch:

Thilo Sarrazin meint in seinem Beitrag [„Ich hätte eine Staatskrise auslösen können“](#), unser Bundespräsident sollte den „West-östlichen Divan“ von Goethe richtig lesen, „damit er nicht mehr verharmlosend daraus zitiert“. Sarrazin selbst geht aber äußerst nachlässig mit dem nach dem „Faust“ wesentlichsten Werk Goethes um, indem er Zitate daraus verstümmelt. So sagt Goethe in seinen „Noten und Abhandlungen zum besseren Verständnis des west-östlichen Divan“ keineswegs nur, wie Sarrazin anführt, „Der Stil des Koran ist seinem Inhalt und Zweck gemäß streng, groß, furchtbar“, sondern setzt den Satz fort, nach „furchtbar“ ein Komma einfügend, „stellenweise wahrhaft erhaben“.

Der Koran ist, laut Goethe, also „stellenweise wahrhaft

erhaben“. Für einige frühe Suren und Verse stimmt diese Aussage sogar, nicht jedoch für die späten, die endgültigen Suren aus medinesischer Zeit. Im Gegenteil; die sind an Widerwärtigkeit vielfach kaum zu überbieten! Die späten Suren aber sind maßgeblich, weil „endgültig“.

In ihrer Replik [„Herr, mache ihnen Raum in ihrer engen Brust“](#) schreibt Necla Kelek:

Goethe schrieb den „West-östlichen Divan“ mit fasziniertem Blick auf den Orient, aber sein Verhältnis zum Islam ist kritischer als heute oft behauptet. Dass er sein Mohammed-Projekt fallen ließ, ist kein Zufall. Goethe erkannte den Grundkonflikt des Propheten.

In seinem in dieser Zeitung kurz nach seinem Tod veröffentlichten Vermächtnis (Islam ist nicht Fanatismus) deutet der Frankfurter Islamprediger Hadayatullah Hübsch die Sure 2, 257 [Anmerkung des Autors: dies entspricht der Verszählung in der Übersetzung der Ahmadiyya; in anderen Übersetzungen ist es Sure 2, 256] – „In Glaubensdingen (ad-din) darf es keinen Zwang geben“ – als „Glaubensfreiheit in vollem Umfange“; dabei spricht er von sich. Tatsächlich bedeutet „ad-din“ nicht Glaubensfreiheit, sondern nur, dass der Gläubige seinen religiösen Pflichten freiwillig nachkommen soll.

Ansonsten wiederholt Hübsch leider nur die ideologischen Konstruktionen, die Goethe und seinen „West-östlichen Divan“ für die Sache des Islams zu vereinnahmen suchen: „Wer sich selbst und andere kennt / Wird auch hier erkennen / Orient und Okzident / Sind nicht mehr zu trennen.“ Diese Zeilen gelten manchen Interpreten als ein Bekenntnis Goethes zum Islam, anderen, wie Rafik Schami, als „Liebeserklärung an den Orient“.

Mit seiner sehr eigenwilligen Interpretation von 2, 256 [257] liegt Hadayatullah Hübsch in der Tat daneben, denn wer 2, 256

[257] vollständig liest, kann erkennen, dass dieser Vers für Nicht-Muslime gar keine Gültigkeit haben kann:

Es gibt keinen Zwang im Glauben. Der richtige Weg ist nun klar erkennbar geworden gegenüber dem unrichtigen. Wer nun an die Götzen nicht glaubt, an Allah aber glaubt, der hat gewiß den sichersten Halt ergriffen, bei dem es kein Zerreißen gibt. Und Allah ist Allhörend, Allwissend.

Dieser Vers 2, 256 gilt nur für diejenigen, die an Allah „glauben“. Ähnlich verfährt Hadayatullah Hübsch in seinem Buch „Fanatische Krieger im Namen Allahs“ mit Sure 18 Vers 29 [30], wenn er dort auf Seite 64 schreibt:

„Darum laß den gläubig sein, der will, und den ungläubig sein, der will.“

und seinen Lesern den Rest dieses wirklich abartigen Verses einfach unterschlägt.

Und sprich: „Es ist die Wahrheit von eurem Herrn.“ Darum laß den gläubig sein, der will, und den ungläubig sein, der will. Siehe, Wir haben für die Frevler ein Feuer bereitet, das sie wie eine Zeltdecke umschließen wird. Und wenn sie um Hilfe schreien, so wird ihnen mit Wasser gleich geschmolzenem Metall, das die Gesichter verbrennt, geholfen werden. Wie schrecklich ist der Trank, und wie schlimm ist die Raststätte!

Necla Kelek geht analytischer an Goethe, an den Islam und an den Koran heran:

Sein Verhältnis zum Islam ist vielschichtiger und widersprüchlicher als behauptet. Nicht nur kritisiert der Geheimrat die „offensichtliche Benachteiligung“ der Frauen und das Weinverbot im Islam – für ihn Zeichen der „düsteren Religionshülle“, die der Prophet seinem Stamme aufgezwungen

habe; an der Figur Mohammeds thematisiert er darüber hinaus den bis heute gültigen Grundkonflikt des Islams: ein Glaube, der sein „Göttliches“, seine spirituelle Dimension, verliert, weil der Prophet versuche, das „Himmlische, Ewige in den Körper irdischer Absichten“ einzuzwängen und sich so des Heiligen „am Ende gänzlich begibt“.

Hadayatullah Hübsch hingegen meint:

Wer nun den Koran studiert, und zwar in einer annehmbaren Übersetzung, wird bald feststellen, dass Goethes Verdikt sehr voreilig gewesen ist und der Koran dem Menschen Allerhöchstes, was seine Moral und seine Spiritualität betrifft, abverlangt.

Wie dann wohl die vielen Tötungsaufrufe im Koran zu verstehen sind, oder die darin schriftlich fixierte Benachteiligung von Frauen oder die Verunglimpfung von Nicht-Muslimen, das lässt Hadayatullah Hübsch leider offen, wenn er schreibt, dass *„der Koran dem Menschen Allerhöchstes, was seine Moral und seine Spiritualität betrifft, abverlangt.“*

Necla Kelek abschließend:

Goethe ist dem Islam mit Respekt, aber nicht mit Kritiklosigkeit begegnet. An vielen Stellen seines „Divan“ ist er voll beißenden Spotts. Für ihn ist, so schreibt er zum Verdruss mancher seiner muslimischen Rezipienten, Mohammed der „Verfasser jenes Buches“: der Koran nicht etwa göttliche Offenbarung, sondern ein von Menschenhand verfasstes Buch, das der historischen Kritik unterworfen und erst dadurch dem Dialog zugänglich ist. Goethes Auseinandersetzung mit dem Islam ist höchst modern – von ihm können wir lernen.

Dieser abschließenden Meinung Necla Keleks möchte ich mich mit Dank an die Autorin anschließen.

(Koran-Verszitate in der Übersetzung von www.islam.de
M.A.Rassoul)

Das wahre Gesicht der Linken



Über zwei Jahrzehnte versteckte sich der deutsche Linksextremismus hinter einem kuscheligen Gewand aus hohlen Phrasen. Von Sozialer Gerechtigkeit und Pazifismus war ständig die Rede, und kaum jemand störte sich daran, dass Soziale Gerechtigkeit und Pazifismus das allerletzte war, was linke Systeme auszeichnete, wann immer sie in die Realität umgesetzt wurden. Nun tat Gesine Löttsch – man sollte ihr danken – der Öffentlichkeit den Gefallen, daran zu erinnern, wonach linke Extremisten tatsächlich streben.

(Kommentar von Frank Furter)

Das hat wohl dem ein oder anderen Politromantiker der Nation glatt die Plüsch-Pantoffel ausgezogen: die Vorsitzende der Linkspartei sucht nach Wegen zum Kommunismus. Ein Skandal! Wie kann sie nur?

In gewisser Weise ist das allerdings konsequent: in einem Land, in dem Liberale nicht mehr liberal sein dürfen,

Konservative nicht mehr konservativ, und rechts-sein sowieso verboten ist, dürfen eben Kommunisten auch keine Kommunisten sein. So gesehen bekommen die Linken nun endlich mal selber was zu schmecken von der politisch korrekten Medizin, die sie landauf landab verteilt haben. Lustig, irgendwie.

Dabei hatten Gregor Gysi und Konsorten den Braten eigentlich schon zu Gründungszeiten gerochen: Wer sich offen zum Kommunismus bekennt, hat ein Publicity-Problem. Und wer sich mit dem feinen Schmuck des Pazifismus ziert, kann nicht mit einem System liebäugeln, in dessen Namen Millionen Menschen getötet wurden. Das wäre problematisch – in der Außendarstellung, wohlgemerkt.

Also erfand man kurzerhand das Paradoxon vom „Demokratischen Sozialismus“. Der Begriff – ein Widerspruch in sich – erinnert an die Deutsche „Demokratische“ Republik. Irgendwie tendieren Linke ständig dazu, ihr Teufelswerk mit dem Begriff der Demokratie zu schmücken, gleich wie undemokratisch es sein mag. Immerhin, in der DDR hatte es bestens funktioniert. Zumindest war die Mauer längst fertig, als die Mehrheit merkte, was es mit der Demokratie im Sinne der Sozialisten auf sich hatte.

Ähnlich soll der Hase nun wohl wieder laufen. Denn der „Demokratische Sozialismus“, den uns Gysi und Co. freudentrunken verkünden, ist nicht weniger eine Augenwischerei, als es die „Demokratische“ Republik im Osten unseres Landes war. Wie so oft bedienen sich die Linken einer trügerischen List, um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. So gesehen gebührt Frau Löttsch großer Dank – hat doch tatsächlich mal ein Linker ausgesprochen, was wirklich das Ziel der Linken ist.

Und ihr Ziel ist der Kommunismus, egal wie sie ihn schlussendlich nennen. Im Kern unterscheidet sich die Gesellschaftsform, nach der die Linken streben, von unserer heutigen durch die Abkehr von der Marktwirtschaft und die

Einführung einer irgendwie gearteten Planwirtschaft. Wirtschaftssysteme lassen sich jedoch nicht losgelöst von politischen Systemen etablieren, im Gegenteil: das eine bedingt förmlich das andere.

Und so führt eine einfache Frage auf die Fährte der Bestie, die sich hinter der Lüge vom „Demokratischen Sozialismus“ versteckt: Denn was benötigt man unbedingt, damit eine Planwirtschaft funktioniert? Ganz einfach: Jemanden, der plant.

Genau deswegen war und ist jede Planwirtschaft und jeder Sozialismus auf dieser Erde nicht zufällig, sondern folgerichtig eine Diktatur – und wird es auch immer bleiben. Denn genauso wie freie Märkte die konsequente wirtschaftspolitische Umsetzung einer freien Gesellschaft sind, sind geplante Märkte die konsequente wirtschaftspolitische Umsetzung einer Diktatur.

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang nicht, dass die Linke nach einem System strebt, das – gleich wie sie es selber nennt – am Ende konsequenterweise in Diktatur münden muss. Nein, das liegt in der Natur der Sache, in der Natur des Links-Seins, besser gesagt. Tatsächlich ist schon der Begriff der Planwirtschaft Beweis für die Arroganz derer, die sie fordern. Denn sie meinen offenbar, sie könnten die Märkte besser regulieren, als dies die Menschen untereinander tun – welche scheußliche Überheblichkeit!

Wirklich erschreckend ist vielmehr die Reaktion der breiten Masse, die sich nun tatsächlich darüber wundert, dass Die Linke nach Kommunismus strebt. Das ist genauso dämlich, als würde sich jemand darüber wundern, dass die NPD ein Problem mit Ausländern hat. Hier zeigt sich einmal mehr, wie weit unser Land nach links verrückt ist. Während rechte Idioten mit gutem Grund geächtet werden, sitzen linke Idioten im Bundestag und beschweren sich gar, dass der Verfassungsschutz es wagt, sie zu beobachten. Man könnte Tränen lachen ob dieser weit

gestreuten politischen Naivität, wäre das Thema nicht so bitter ernst.

Gesine Löttsch wiederum hat bereits nachgelegt. Beim Neujahrstreffen der Linken in Berlin erneuerte sie ihre Forderung nach einer „anderen Gesellschaft“, für die sie nun ebenfalls brav den verklärenden Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ verwendet. Den dürfe ihre Partei aber nicht mehr in „homöopatischen Dosen“ unters Volk bringen, dafür reiche „die Zeit nicht mehr“.

Da könnte man fast meinen, es sei fünf vor zwölf, und Deutschland jeden Augenblick vom Untergang bedroht. Tatsächlich offenbart Löttsch auf diese Weise die eklatante Weltfremde der Linken und ihr gespaltenes Verhältnis zur Realität. Denn die Wahrheit ist, dass es den Menschen nirgendwo auf der Erde besser geht, sie nirgendwo anständiger, freier und gerechter zusammen leben, als in den Ländern des Westens, denen die politischen Amokläufe des Sozialismus, Kommunismus und Islamismus erspart geblieben sind – oder die sie überwunden haben.

Die Lage unserer Nation mag in vielen Punkten durchaus bedenklich sein. Das Gesellschaftssystem der Linken jedoch ist hierfür keine Lösung. Im Gegenteil: gegen die realexistierenden Zustände in jenen Ländern, die vom Übel des Sozialismus befallen sind, erscheint der westliche Kapitalismus selbst in seiner tiefsten Krise noch wie eine Blütezeit.

Löttsch und ihresgleichen sollen gerne ihre Vorstellung von einer Gesellschaft in die Realität umsetzen. Dazu mögen sie sich bitte allesamt auf einer einsamen Insel treffen. Der *Frank Furter* wünscht viel Spass dabei! Das Land der Deutschen aber sollen sie bloß verschonen! Wir haben schließlich schon genug gelitten unter dem Werk eben jener politischen Geisterfahrer, deren unrühmliches Erbe die Linksparteiler offensichtlich angetreten sind.

Lebensferner WDR



Gestern Abend lief in der WDR-Sendung „[Mein Gutes Recht](#)“ ein Beitrag mit dem Titel „Ein Moslem spült nicht ab“. [PI berichtete schon Ende September 2010](#) über den Fall und es verwundert, dass der WDR solche alten Geschichten vier Monate später nochmals „aufwärmt“ – die Themen scheinen auszugehen. Kurz zur Story: Ein Algerier namens Mehiri (Foto) hatte einen Fahrradunfall mit einem Auto und benötigt nun angeblich eine Haushaltshilfe, weil er früher natürlich sämtliche dort anfallenden Arbeiten erledigt hat und es jetzt niemand mehr aus seiner Familie übernehmen kann (klar, seine Frau und seine Töchter bezeugen das natürlich...).

Die Sachbearbeiterin der gegnerischen Versicherung kannte sich aber aus und hat zunächst mal die Forderung der Familie nach besagter Haushaltshilfe (oder ersatzweise auch gerne in Geld) mit Verweis auf den Koran abgelehnt, wonach in muslimischen Ehen der männliche Teil sich üblicherweise um die niedere Haushaltsarbeit einen feuchten Kericht schere.

Der informierte PI-Leser ahnt, was nun kommt: Nachdem der Anwalt die Presse eingeschaltet hatte, kam dann natürlich schnell der Rückzieher der Versicherung mitsamt Ausdruck des tiefsten Bedauerns.

Bezeichnend noch der Schlusskommentar des Moderators Marc

Bator: Der WDR hat sich demnach dieses Falles einmal angenommen, damit die Versicherungen zukünftig „etwas mehr Lebenswirklichkeit“ in die Entscheidungen einfließen lassen würden und wörtlich „damit so etwas nicht wieder vorkommt!!!“

Bleiben unterm Strich zwei Fragen: Ob die jetzt wohl wirklich jemand für den Haushalt eingestellt haben? Und schließlich: Wie lebensnah ist eigentlich die Berichterstattung des Westdeutschen Rundfunks?

Hier die Sendung:

Kontakt:

Westdeutscher Rundfunk
Redaktion „Mein gutes Recht“
Fernsehen
50667 Köln
Tel.: 0221-56789999
E-Mail: meingutesrecht@wdr.de

(Text: Stefan E.)

Empörung über SVP-Video-Botschaft in Berlin



Oskar Freysingers Videobotschaft, die er am 2. Oktober als Grußwort nach Berlin [zum Wilders-Besuch](#) entsandte, ist jetzt mit viermonatiger Verspätung auch bei den Schweizer Medien angekommen. Besonders sauer aufgestoßen ist der post-helvetischen philo-islamischen Polit-Elite, dass Freysinger sagte, jene sei vom Islam gekauft worden und unternehme nichts gegen die Islamisierung Europas.

Freysingers Videobotschaft sehen Sie hier:

Blick [berichtet](#):

Die Veranstalter spielten aber auch eine Videobotschaft von SVP-Nationalrat Oskar Feysinger ab. In dieser sagte der Walliser SVP-Nationalrat: «Unsere politischen Eliten sind gekauft und bereiten dem Islam eine Autobahn, damit er sich langsam bei uns einnistet. Unsere politischen Eliten? Darunter versteht man in der Schweiz Bundesrat und Parlament.

Ungeheurer Vorwurf

FDP-Nationalrat Philipp Müller empfindet die Aussagen Freysingers als ungeheuren Vorwurf. Er selber sei seit 7 Jahren Mitglied des Nationalrates und er habe in dieser Zeit den Eindruck bekommen, dass der Großteil dieses Parlamentes gute Arbeit leisten. „Die Schweiz steht ja auch sehr gut da, im internationalen Vergleich“, so Müller. ...

Der Nationalrat der Grünen, Josef Lang, sieht in den Aussagen Freysingers Parallelen zum Antisemitismus des Naziregime. „Genau wie Freysinger argumentierten früher die Antisemiten.

Diese unterstellten den Gegnern der Judenfeindlichkeit, von den Juden gekauft zu sein“, sagt Historiker Lang.

Freysinger habe einfach die Judenfeindlichkeit durch die Muslimfeindlichkeit ausgetauscht. Früher seien die Nationalkonservativen judenfeindlich gewesen, „heute sind sie muslimfeindlich“, so Lang. Beides, Juden- wie Muslimfeindlichkeit, gehören zu den schwärzesten Erbstücken des Abendlandes.

Gekaufte Politiker

Doch was sagt Freysinger selber zu seiner Videobotschaft vom 2. Oktober? Er habe seine Botschaft auf die europäische Politik-Elite gemünzt, verteidigt er sich gegenüber Blick.ch. Allerdings habe er kein Problem damit zu sagen, dass unser Parlament gekauft sei. „Einzelne Parlamentarier treten bei Geschäften wie Lobbyisten der Pharnalobby auf“, sagt der Walliser. ...

In der Schweiz sei diese Entwicklung erst am Anlaufen, so Freysinger. Die Schweiz gebe aber heute Leuten Asyl, die sogar in ihren Heimatländern als Extremisten gelten würden. Freysinger bezieht sich dabei auf Vertreter des Front Islamique du Salut (FIS). Einzelnen Vertreter dieser Organisation hat die Schweiz vor Jahren Asyl gewährt.

Die „Front Islamique du Salut“ – „Islamische Heilsfront“ ist eine aus Algerien stammende radikal-islamische Partei, die in ihrer Heimat wegen des von ihr vertretenen Extremismus verboten wurde. Die FIS-Anhänger, die teilweise in der Schweiz Asyl fanden, sind wesentlich mitverantwortlich für den algerischen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren, der über 100.000 Menschenleben forderte. Eine Gleichsetzung der Kritik an solchen Verbrechern und ihrem totalitären Glaubenssystem mit der Judenverfolgung des 20. Jahrhunderts aus dem Munde eines Historikers der Grünen kann wohl kaum noch mit Unwissenheit entschuldigt werden.

Kölner Stunksitzung hetzt gegen Christen



Trotz der schrecklichen Gewalttaten gegen Christen, besonders in muslimischen Ländern, die gegenwärtig wieder die Welt erschüttern, wird in der „[Kölner Stunksitzung](#)“ auch dieses Jahr in gewohnter Manier gegen die Opfer gehetzt. Damit bleibt, wie die *Quotenqueen* schreibt, die 1983 von kommunistischen Studenten der Sozialpädagogik erfundene „alternative Karnevalssitzung“ ihrer Tradition treu, vor dem Islam zu kuschen und ihre „Zivilcourage“ im Kampf gegen „rechts“ und gegen Christen unter Beweis zu stellen. Lesen Sie [weiter hier](#).

Arab-TV: Juden steuerten Krieg gegen Kleopatra



Wael Ramadhan, der Produzent der ägyptisch-syrischen TV-Serie „Kleopatra“, verrät den Zuschauern des ägyptischen Fernsehens, was oder doch vielmehr wer hinter dem Feldzug der Römer gegen Kleopatra steckte. Es waren natürlich – die Juden!

(Von nockerl)

Aus historischer Sicht eine eher innovative Sichtweise, ist dies eine in der Region und Kultur ein Erklärungsmuster wie es älter und tiefer verwurzelt nicht sein könnte. Die anderen sind schuld, vorzugsweise die Juden. Wer sich das Video zum Interview des Produzenten im ägyptischen Fernsehen ansieht, bekommt unmittelbar eine Ahnung davon, wie es in dem Land am Nil zu einem solchen Hass kommen kann. Doch dieses Gedankengut findet seinen Weg sehr leicht bis nach Europa und damit auch nach Deutschland wo es auf fruchtbaren Boden stößt.

Am 18. November teilt Wael Ramadhan im entspannten Plauderton einer faszinierten und ob seiner Erläuterungen den nicht überraschten gleichwohl faszinierten übrigen Gästen in der ägyptischen Talkshow mit, die Juden hätten den Krieg gegen Ägypten veranlasst. Die Römer hätten – und hier wiederhole sich die Geschichte(!) – überhaupt keine territorialen Begehrlichkeiten in Bezug auf Ägypten und daher keinerlei Interesse an einem Krieg gehabt.

Doch die Juden seien verbittert und verletzt gewesen. Der Grund hierfür: Ihre „Vertreibung“ aus Ägypten zu einer Zeit als sie noch Hebräer genannt wurden. Nach Darstellung des Wael Ramadhan wollten die Juden mit Gewalt nach Ägypten zurückkehren, um sich dort wieder zu etablieren. Allerdings hätten sie bis zu diesem Augenblick nicht die Gelegenheit gehabt.

Daher hätten sich die Juden entschlossen, die Römer für diese Aufgabe zu rekrutieren. Mit der Verschwörungstheoretikern eigenen Selbstsicherheit teilt er der beständig Zustimmung signalisierenden Runde mit, dieser Teil der Geschichte sei in arabischen Geschichtsbüchern nicht erwähnt. Aber diese Hintergründe seien das Ergebnis seiner eigenen Forschungsergebnisse, die sowohl seine eigene Sichtweise als auch einzigartig (sic) und wahr seien.

Einer seiner Gesprächspartner greift den Ball nun begeistert auf und meint: „Vor allem da dies auf Quellen basiert, die...“. Dies führt er angesichts der Begeisterung Wael Ramadhans nicht weiter aus, der den Satz mit der Behauptung fortsetzt, es seien „wichtige Quellen“. Auf diese geht er aber nicht weiter ein, sondern wartet sofort mit dem Ergebnis auf. Nachdem der Nachweis für seine Behauptungen nicht als wichtig erachtet wird, können nun weiter ungestört die üblichen antisemitischen Stereotypen bedient werden. Die Juden – die natürlich einmal mehr das Geld gehabt hätten – finanzierten laut seinen „Forschungsergebnissen“ die Römer und lenkten diese von ihren eigentlichen Kriegszielen ab und deren Aufmerksamkeit auf Ägypten. Die Juden hätten ohne Erfolg den Versuch unternommen, Kleopatra von Julius Cäsar besiegen zu lassen. Dieses sei ihnen ebenfalls mit dem ebenso von ihnen manipulierten Marc Anton misslungen, dessen Feldzug sie gleichfalls finanziert hätten. Und somit wären ihre Anstrengungen fehlgeschlagen, die totale Kontrolle über die Region zu erlangen.

Bei diesem mit großer Ernsthaftigkeit abgesonderten Irrsinn

wird selbstverständlich neben vielen anderen Fragen auch nicht diejenige aufgeworfen, wie die Juden über ein Gebiet die Kontrolle erlangen sollten, wenn die Römer dieses eroberten. Doch wozu sich Fragen stellen, wenn man die römische Geschichte umschreibt. So vermeidet man auch auf den Zusammenhang mit dem innerrömischen Machtkampf des Triumvirats zu beachten oder gar die Bedeutung Ägyptens für Rom auch nur anzukratzen.

Aber von solchen Überlegungen und von jedem Zweifel unberührt belehrt der Fernsehproduzent und Hobby-Historiker seine Zuhörer, die Juden würden noch heute diese Eroberungs- und Beherrschungsversuche in Bezug auf Ägypten fortsetzen. Da, so führt er dunkel aus, wiederhole sich Geschichte. Das von ihm Dargestellte sei es jedoch, was die Geschichte Kleopatras genannt werden sollte. Folgerichtig sei dies auch sein Ansatz gewesen als er sich daran machte, die Serie „Kleopatra“ zu produzieren.

Nicht nur, dass dies der Fernsehproduzent im ägyptischen Fernsehen verkünden und seine verquere Sichtweise auch noch in (Fernseh-) Serie produzieren darf, so ist es auch interessant, in welcher Runde ihm ein Forum geboten wird. Die mit in der Runde Sitzenden gehören zu der Gruppe von Personen, denen man vom äußeren Anschein ein westlichen Lebensstil unterstellen könnte. Das dies aber nicht unbedingt mit einem solche Denken einhergehen muss, macht diese Sendung deutlich.

Wer meint, dies sei ein Bericht aus Ägypten, der möge sich fragen, welche Programme wohl mittels der vielen Satellitenschüsseln in deutsche Wohnzimmer übertragen werden – wobei hier deutsch rein territorial und nicht kulturell gemeint ist. Man könnte angesichts eines solchen „Gedankenimports“ einen Zusammenhang mit der Tatsache sehen, dass auf europäischen Straßen ungestraft und von den sonst immer Empörten toleriert der Ruf „Juden in das Gas“ zu hören ist und Juden angeraten wird, doch bitte innerhalb der nächsten fünf Jahre [aus den Niederlanden auszuwandern](#).



Schon mehr als 30 Tote bei Unruhen in Tunesien



In Tunesien sind bei [schweren Ausschreitungen](#) in den vergangenen Tagen nach vorläufigen Schätzungen weit über 30 Menschen ums Leben gekommen. Viele von ihnen wurden von Sicherheitskräften erschossen. Die Behörden haben inzwischen landesweit alle Schulen und Universitäten geschlossen. Als Ursache der Aufstände gelten die hohe Arbeitslosigkeit und ein Gefühl der Perspektivlosigkeit in Teilen der Bevölkerung.

PI-Leser WiM berichtet aus Tunesien:

Ich sah soeben die längsten Nachrichten in der Fernsehgeschichte des Landes. Alle Schulen und Universitäten bleiben bis auf Weiteres geschlossen. Die Strassen sind wie ausgestorben, das öffentliche Leben legt eine gespenstische Pause ein.

Die Bilder von den Verwüstungen sind entsetzlich, neben Finanzämtern, Verwaltungen u.ä. blieben selbst Schulen und Kindergärten sowie private Fahrzeuge nicht verschont. Unter die Demonstranten haben sich inzwischen – wie ich bereits befürchtet habe – vermummte Al Qaida-Mitglieder gemengt, die Molotow-Cocktails werfen und die die Stimmung auf den Siedepunkt bringen.

Der Präsident hat 15 Minuten frei gesprochen (ein Novum!), eigene Fehler eingestanden und der politischen Opposition breiten Raum im Diskurs eingeräumt. All dies ist völlig neu in diesem Land. Während ich dies schreibe stehen die Telefone nicht still und meine Frau antwortet auf die Fragen aller Besorgten mit drei Ohren und Mündern gleichzeitig.

Das Internet funktioniert nur noch in Bruchstücken (so war bereits den ganzen Tag kein einziges tunesisches Online-Presseportal erreichbar). Ich bin froh, dass ich wenigstens zu PI durchkomme, Hamdullillah!

So weit für den Moment, Euer WiM“

» Badische Zeitung: [„Ben Ali übersteht die Revolte nicht“](#)

Alte Bekannte



Am 8. Januar fand in Berlin die Rosa-

Luxemburg-Konferenz statt. Im Vorfeld gab es Aufregung über einen Gastbeitrag der Linken-Vorsitzenden Gesine Löttsch in der „Jungen Welt“, in dem sie über [Wege zum Kommunismus](#) „nachgedacht“ hatte.

Wobei man unter „Nachdenken“ nicht das verstehen darf, was unsereins damit verbindet. Die gute Gesine schlug vielmehr vor, einfach mal ein paar Wege auszuprobieren, irgendwie werde man dann schon beim „richtigen“ Kommunismus landen. So ungefähr muss das seinerzeit in der DDR auch gelaufen sein: Kein Plan, aber sich Planwirtschaft nennen.

Den deutschen Medien blieb nichts anderes übrig, als pflichtgemäß überrascht und empört zu tun, und auch SPD-Chef Sigmar Gabriel war schnaubend zu vernehmen. Mit so einer Partei könne man nicht zusammenarbeiten – auf Bundesebene. Unter den Journalisten hörte man zwar den einen oder anderen murren: „Den Scheiß können wir doch nicht schon wieder bringen“, aber sie veröffentlichten es am Ende doch, und sogar ohne Gabriel gefragt zu haben, warum bei der SPD die Zusammenarbeit mit der Linken immer nur auf jener Ebene undenkbar ist, auf der sie gerade sowieso nicht ansteht.

Prominente Teilnehmerin der Konferenz war RAF-Star Inge Viett, die ausgezeichnete Referenzen mitbringen konnte: Schwere Kindheit, Stripperin in St. Pauli, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, die 34 Menschen auf dem Gewissen hat. Sie selbst übte sich in Geiselnahmen, Gefangenbefreiungen und dergleichen. 1976 floh sie mit Hilfe der Stasi aus der Haftanstalt in die DDR: 1981 schoss sie in Paris einen französischen Polizisten zum Krüppel, er starb 2000 mit 54 Jahren an den Folgen. 1982 half die Stasi ihr erneut, in der DDR unterzutauchen und verschaffte ihr dort Jobs und wechselnde Identitäten.

Nicht einkalkuliert war das Missgeschick mit der Planwirtschaft, die 1989 auf einem der bereits genannten Wege in eine Sackgasse geraten sein muss und sich entschloss, der

Marktwirtschaft beizutreten. Mit dieser kam auch das ungeliebte westliche Rechtssystem, dem Inge Viett 1990 zum Opfer fiel. Ergebnis: 13 Jahre Haft wegen nichts und wieder nichts, doch bereits Anfang 1997 auf Bewährung frei und sofort wieder für die Interessen der Geknechteten aktiv. Da war die Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der die [40-prozentige Erhöhung des Bundeszuschusses unter der Regierung Merkel](#) (9,3 Mio im Jahr 2011) sichtlich gut tut, nur folgerichtig.

[Im Kreise Gleichgesinnter sagte Inge Viett unter Applaus](#), Gebot der Stunde sei der „Aufbau einer revolutionären kommunistischen Organisation“ mit geheimen Strukturen. Beim Weg zum Kommunismus sei eine „kämpferische Praxis“ gefragt, bei der die „bürgerliche Rechtsordnung“ kein Maßstab sein könne. So sei etwa das „Abfackeln“ von Bundeswehrausrüstung „eine legitime Aktion“, wenn „Deutschland Krieg“ führe. Gesine hatte ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt und ließ ausrichten, sie habe zwar „Kommunismus“ gesagt, aber „Demokratischen Sozialismus“ gemeint.

Draußen vor dem Konferenzgebäude gab es eine Kostprobe dessen, was mit „kämpferischer Praxis“ gemeint ist. [Linksradikale griffen grundlos ehemalige politische DDR-Häftlinge an](#), traten sie mit Stahlkappenschuhen und prügelten auf sie ein. Einer von ihnen, der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Dr. Frieder Weiß (Foto unten), [musste sogar ins Krankenhaus](#).



Sie hatten protestieren und an der Podiumsdiskussion mit dem Motto „Wo bitte geht's zum Kommunismus?“ teilnehmen wollen. Die Täter flüchteten ins Haus der Konferenz, die Verprügelten erhielten Hausverbot. Das [Staatsfernsehen](#) mochte „die Sache nicht so hoch hängen“ und schickte das krankenhaushausreif geschlagene Opfer, das man eigentlich für die Abendschau interviewen wollte, wieder heim und ließ lieber einen vermummten Linksradikalen zu Wort kommen.

(Text: Schalk Golodkowski)